

Die empirische Gültigkeit impliziter Theorien des rechtlichen Denkens als Fragestellung der Rechtspsychologie

Wilfried Hommers¹

Theorie und Praxis begegnen sich in besonders interessanter Weise in den Theorien des moralischen Urteilens, wenn wir diese Theorien im Recht und in der Psychologie untersuchen. Das liegt zum einen daran, daß dabei die vertraute hilfswissenschaftliche Funktion der Psychologie für die Jurisprudenz (*de lege lata* und *de lege ferenda*) als allein maßgeblich in Frage gestellt wird. Der besondere Anreiz zur Betrachtung dieser Theorien rührt aber auch daher, daß diese Theorien in beiden Wissenschaften nicht in gleichem wissenschaftstheoretischem Gewand erscheinen. Die Trennung zwischen Theorie und Praxis scheint in den Aufgabenstellungen von Psychologie und Jurisprudenz fast unüberbrückbar zu bestehen: Auf der einen Seite rechtliche Einzelwertungen aufgrund von Prinzipien zum Zwecke der gerechten Konfliktregelung, demgegenüber objektive Beschreibungen von individuellen Geschehensabläufen psychischer Prozesse zum Zwecke der allgemeingültigen Theorienbildung auf der anderen Seite. Das könnte die Vergleichbarkeit von Theorien zwischen beiden Disziplinen problematisch erscheinen lassen. Trotzdem kann im folgenden in Umkehrung der gewohnten Richtung des Austausches zwischen Jurisprudenz und Psychologie, wo die Psychologie eine hilfswissenschaftliche Rolle einnimmt, gezeigt werden, daß eine Brücke von den impliziten Urteilstheorien im rechtlichen Denken zur Psychologie geschlagen werden kann. Mit diesem Brückenschlag erweist sich das rechtliche Denken als Heuristik für die psychologische Theorienbildung zum moralischen Urteilen.

Daß Theorien des moralischen Urteilens implizit im rechtlichen Denken zu finden sind, heißt zweierlei. Erstens heißt es, daß sie nicht ausdrücklich oder gar als Gleichungssysteme formuliert sind. Sie können also nur durch interpretative Vorgänge aufgestellt werden, indem man die gedanklichen Implikationen von Aussagen des rechtlichen Denkens

¹Danksagung: Mit Unterstützung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (Ho 920/2-2). Frau M. Pirkner gilt besonderer Dank für die Mithilfe bei der Anfertigung des Manuskriptes und der Abbildungen. Herr Dipl.-Psych. K.Feld besorgte die Rechnungen zur parametrischen Statistik mit der MANOVA-Prozedur des SPSS-X am Rechenzentrum der Universität Würzburg.

zieht und darstellt. Zweitens heißt es, daß selbst diese nicht ausdrücklich formulierten, sondern nur abgeleiteten Theorie-Rudimente sich noch in einer anderen, grundsätzlichen Weise von empirischen Theorien unterscheiden. Denn die Theorie-Rudimente sind nicht als Teile beschreibender Theorien gemeint, sondern sie ergeben sich nur aus den rechtlichen Regelungen, die hier einmal als Prinzipien der kontrollierten Präskription benannt werden. Die kontrollierte Präskription schlägt sich nieder in den gesetzlichen Rahmenbedingungen und Kontrollinstanzen und in den Lehrmeinungen. Diese sollen die Rechtspflege dem eigentlichen normativen Ziel einer gerechten Urteilsfindung näher bringen. Psychologische Theorien des moralischen Urteilens sind demgegenüber auf keinen Fall als Aussagesysteme zu kennzeichnen, die Werturteile fällen sollen. Vielmehr sind sie eine Teilklasse der Urteilstheorien überhaupt, die die Psychologie aufstellt. Diese wollen die Prozesse und Gesetzmäßigkeiten des Urteilens beschreiben und erklären.

Die umfassender gedachte These dieser Arbeit lautet nun, daß trotz der grundsätzlichen Unterschiede zwischen dem rechtlichen und dem psychologischen Denken eine verbindende Brücke vom rechtlichen zum psychologischen gezogen werden kann, ohne auf die Anwendung von Psychologie in der Rechtspflege aus zu sein. Dieser Ansatz faßt Ergebnisse des rechtlichen Denkens als Produkte aus erfahrungsgefüllten Vorphasen empirischer Forschung auf, um an sie anzuschließen. Diese Vorphasen umfassen eine mindestens 3500 Jahre lange Geschichte geschriebenen Rechts und eine noch längere Geschichte der Rechtsprechung, in der beide jeder gerade geäußerten oder äußerbaren Kritik standhalten mußten. Daher erscheint es nicht vermessen, in den impliziten Theorien des rechtlichen Denkens kognitive Grundstrukturen zu vermuten, die grundsätzlich empirisch prüfbar, und sogar bedingt oder unbedingt empirisch gültig sein können.

Da sich die theoretische Potenz des behaupteten heuristischen Werts der impliziten rechtlichen Theorien an den empirisch-wissenschaftlichen Produkten zu erweisen hat, werden diesbezügliche Forschungsergebnisse dargestellt. Dies soll im folgenden exemplarisch am zivilrechtlichen und am strafrechtlichen Zumessungsschema erfolgen. Die Ergebnisse der beiden empirischen Untersuchungen belegen, daß die herausgegriffenen impliziten Theorien rechtlichen Denkens nicht nur als Prototypen empirisch-wissenschaftlicher Theorien dienen können, sondern daß die beiden exemplarisch herausgegriffenen Zumessungsschemata sogar hohe empirische Gültigkeit besitzen. Das stützt die umfassender gedachte These vom heuristischen Wert rechtlichen Denkens.

In der Diskussion ergibt sich daraus als weiteres Fazit für den Gegenstand der Rechtspsychologie, daß eine Erweiterung gegenüber der Vereinigung von Forensischer Psychologie (Wegener, 1981) und Kriminalpsychologie (Lösel, 1983) angebracht ist. Diese Erweiterung entsteht durch die Teilhabe der Psychologie am rechtlichen Denken als Nutznießer und der dadurch erfolgten Schaffung eines theoretischen Gegenstandsbereichs der Rechtspsychologie. Dieser vervollständigt durch seinen theorie-orientierten Charakter die Rechtspsychologie zu einem eigenständigen Bereich in der Psychologie.

1. Schadensersatz und Strafe: Zwei rechtliche Zumessungsschemata

Das deutsche Zivilrecht (Bürgerliches Gesetzbuch, BGB von 1900) und das deutsche Strafrecht (Strafgesetzbuch, StGB von 1975) sowie die damit verbundenen Kommentierungen enthalten zwei Schemata für die Zumessungen der jeweils in Frage kommenden Sanktionen: Schadensersatz oder Strafe. Diese werden im folgenden zugunsten des Untersuchungsberichts gekürzt (vgl. Hommers, 1988e) dargestellt, um insgesamt den heuristischen Wert der impliziten rechtlichen Theorien des moralischen Urteilens durch entsprechende empirische Arbeiten zu belegen.

Über den Schadensersatz besteht aufgrund von § 254, Satz 1, BGB eine Regel zur Schadensteilung bei mitwirkendem Verschulden (Mitverschulden): "Hat bei der Entstehung des Schadens ein Verschulden des Beschädigten mitgewirkt, so hängt die Verpflichtung zum Ersatze sowie der Umfang des zu leistenden Ersatzes von den Umständen, insbesondere davon ab, inwieweit der Schaden vorwiegend von dem einen oder dem anderen Teile verursacht worden ist." Die Kommentare (z. B. Rebmann & Säcker, 1979; Deutsch, 1987; Schlegelmilch, 1986) und die Rechtsgeschichte (Honsell, 1977) machen deutlich, daß hierbei eine proportionale Aufteilung nach den Verursachungs- bzw. Verschuldensausmaßen der beteiligten Parteien angewendet wird. Praktiziert wird dabei in der deutschen zivilrechtlichen Rechtsprechung das Prinzip des Summenanteils, wo das einer Partei zugehörige Verursachungs- bzw. Verschuldensausmaß ins Verhältnis zur Summe aller Ausmaße gesetzt wird.

Dieses rechtliche Schema der Aufteilung nach den Verschuldens- bzw. Verursachungsausmaßen läßt sich zu empirisch prüfbaren Hypothesen über Schadensersatz-Urteile von irgendwelchen Probanden umformen, die allgemeinen, also auch bei Laien bestehenden Gültigkeitsan-

spruch als deskriptive Aussagen erheben. Dazu muß man das rechtliche Schema als den Prototyp einer empirischen Theorie über Urteilstvorgänge auffassen, die die abhängige Urteilsvariable des Schadensersatzes betreffen. Jedoch wäre die Gültigkeit des Summenanteil-Prinzips nicht zu präjudizieren, sondern im Vergleich zu anderen Modellen zu prüfen. Die so gewonnene Hypothese besagt daher nur, daß bei geeignet eingerichteten Urteilsbedingungen Täter-Verschulden und Opfer-Mitschuld sich nach einem noch näher zu bestimmenden Gesetz einer Fraktionierung verbunden auf die Beurteilungen des Schadensersatzes auswirken.

Für die Strafen, die das StGB von 1975 vorsieht (Freiheits- und Geldstrafe), ergibt sich das rechtliche Zumessungsschema aus dem Wortlaut des § 46 "Grundsätze der Strafzumessung" des StGB von 1975 und der diesbezüglichen Kommentierung (Bruns, 1974, 1980; Jescheck, Ruß, & Willms, 1985; Maurach, Gössel, & Zipf, 1984; Rudolphi et al., 1985; Zipf, 1969, 1977). Drei hier interessierende Aspekte sind zu nennen. Zunächst ist die Gliederung der Zumessungsgründe in die zwei Kategorien, Handlung und Effekt, zu nennen. Diese sollen in der durch die Strafe zu vergeltenden Schuld verbunden werden, wobei das Wort "und" gebraucht wird. Dieser Teil des Strafzumessungsschemas ist also eine Komposition der in Handlung und Effekt klassifizierten Zumessungsfaktoren. Für die kontrollierte Durchführung der Komposition wurde der zweite Aspekt, die Schuldrahmentheorie, entworfen. Nach dieser soll im Urteil der Strafrichter eine sukzessive Reduktion der aufgrund des gesetzlichen Strafrahmens und des zutreffenden Tatbestandes zur Verfügung stehenden Strafspanne stattfinden. Der letzte Schritt zur konkret verhängten Strafe wird dabei durch die Berücksichtigung der spezialpräventiven Erfordernisse getan. Insgesamt enthalten diese Schritte grundsätzlich auch die richterliche Individual-Komponente, die sich in der noch zu erhärtenden Annahme einer Urteilsvariabilität von Richter zu Richter ausdrücken würde und möglicherweise als unumgänglicher Fehler bewertet werden könnte. Schließlich ist als dritter Aspekt des rechtlichen Strafzumessungsschemas das Erscheinen von bestimmten begrifflichen Elementen zu berücksichtigen, so die Anweisung der Gewichtung der Faktoren und die Feststellung, daß der Durchschnittsfall nicht als der Regelfall zu betrachten ist. Das legt die Interpretation der Schuldrahmentheorie in einem formalisierten Modell nahe, das die Begriffe Gewicht und Durchschnitt aufgreift.

Aus diesen präskriptiven Teilen des strafrechtlichen Zumessungsschemas ergibt sich als Hypothese in einer empirischen Strafurteilstheo-

rie mit einem allgemeinen Gültigkeitsanspruch, daß Strafurteile irgendwelcher Probanden durch das Durchschnittsbildungsmodell der Informationen-Integrations-Theorie von Anderson (1981, 1982) beschrieben werden können. Im Durchschnittsbildungsmodell werden die Teilinformationen i eines durch die Anzahl seiner Teilinformationen unterschiedlich komplex gestalteten Falles durch zwei Parameter repräsentiert: Ihren Wert (v_i) und ihr Gewicht (w_i). Weiterhin wird angenommen, daß die Produkte dieser Parameter von allen Teilinformationen eines Falles aufsummiert werden und dadurch das Urteil ergeben. Weiterhin wird über die Summe der Gewichtsparameter angenommen, daß sie sich zu Eins aufaddieren. In allgemeiner Form geschrieben ergibt sich:

$$\text{Strafe} = \frac{\text{gewichtete Summe aller Informationen } (w_i * v_i)}{\text{Summe der Gewichte } (w_i)} \quad \text{mit} \quad \sum w_i = 1.$$

Die weitere Annahme, daß jedes effektive Gewicht w_i sich als Quotient des betreffenden Rohgewichts und der Summe aller wirksamen Rohgewichte von Informationen darstellen läßt, bewirkt, daß bei Hinzufügen von weiteren Teilinformationen eine Verringerung der Effekte vorheriger Informationen erfolgt, was analog zu der Schuldrahmentheorie verläuft. Dort wird z. B. durch Hinzukommen der Zumessungsfaktoren des § 46 StGB der durch den Tatbestand gesteckte ursprüngliche Rahmen verkleinert. Aber auch in dem System der Tatbestände scheinen schon solche Rahmenverkleinerungen zu liegen (Montenbruck, 1983). Weiterhin enthält die präskriptive Schuldzumessungslehre die Begriffe der Gewichtung und des Durchschnittsfalles, was insgesamt die Analogie genügend verdeutlicht. Jedoch besteht ein interessanter Unterschied. Das Strafzumessungsschema des rechtlichen Denkens verkleinert die jeweiligen Rahmen in der Schuldrahmentheorie so, daß der kleinere innerhalb des vorherigen liegt. Dies ist im Durchschnittsbildungsmodell der Informationen-Integrations-Theorie nicht unbedingt der Fall.

2. Empirische Prüfung der impliziten Zumessungsschemata

Die Theorie der Informationen-Integration im Urteilen ist nach Standardmethoden prüfbar, die von Anderson (1981, 1982) dargestellt worden sind. Eine eingehende Darstellung muß hier zwar unterbleiben. Im wesentlichen sind aber für die Prüfung des Durchschnittsbildungsmodells sich einschließende faktorielle Stimuluspläne unterschiedlichen Komplexitätsniveaus zu verwenden. Die Effekte eines Stimulusfaktors in

Urteilen über Stimuli aus den Plänen geringeren Niveaus müssen zur Stützung des Durchschnittsbildungsmodells stärker sein als die Effekte dieses Stimulusfaktors in Urteilen über Stimuli aus den Plänen höheren Komplexitätsgrades. Das ist graphisch durch Steigungsunterschiede in den Verbindungskurven der Urteile in einem faktoriellen Graphen darstellbar. Am besten sind dabei Steigungsunterschiede, die mit Kreuzungen der betreffenden Kurven einhergehen, da diese gegen monotone Transformationen der Urteile invariant sind. Dann sind die Befunde also auf keinen Fall von Annahmen über das Vorliegen eines metrischen Skalenniveaus der Urteile abhängig.

Statistisch wäre parametrisch mit der ANOVA eine Interaktion zwischen der Effektstärke und dem Komplexitätsgrad des Stimulusplanes zu prüfen und non-parametrisch mit dem Wilcoxon-Test direkt die Hypothese, daß der untersuchte Effekt mit der unspezifiziert gelassenen weiteren Information größer ist als bei Hinzufügung irgendeiner Stufe der weiteren Information. Auch das Kreuzen der Kurven läßt sich non-parametrisch durch den McNemar-Change-Test unter Ausnutzung des Meßwiederholungscharakters der Versuchspläne prüfen durch Bestimmung der Anzahl von Probanden, die das Kreuzen der Urteilsrelationen aufweisen.

Mit Hilfe des Vergleichs von Effekten eines Stimulusfaktors, die aus Urteilen über unterschiedlich komplex aufgebaute Stimuli (Fälle) resultieren, läßt sich aber auch das Schema der Teilung in Schadensersatz-Urteilen hinreichend umfassend prüfen. Insgesamt besteht eine doppelte Aufgabe bei der Bestimmung des zutreffenden Urteilsgesetzes. Im ersten Schritt müssen - in Analogie zu Arbeiten über quantitative Theorien der gerechten Belohnungsaufteilung im Sinne der distributiven Gerechtigkeit - zwei algebraische Varianten der Teilung verglichen werden (vgl. Anderson & Farkas, 1975; Anderson, 1976; Farkas & Anderson, 1979), da das präskriptive zivilrechtliche Schema sich auch gegen andere Teilungsschema empirisch bewähren sollte. Die eine Variante ist definiert als direkte Division der Verantwortlichkeiten von Schädiger und Geschädigtem:

Verschulden / Mitschuld

(bzw. I_T/I_O in Tabelle 1); die andere als Anteil an der Summe der Verantwortlichkeiten:

Verschulden / (Mitschuld + Verschulden)

(bzw. $I_T/(I_O + I_T)$ in Tabelle 1). Das Teilungsschema der direkten Division führt in einem faktoriellen Graphen (vgl. Tabelle 1 unten) zu einem Kurven-Fächer (stetig ansteigende und auseinanderstrebende Kurven), da je größer die Mitschuld ist, um so kleiner der Verschuldenseffekt (Anstieg) wird. Das Teilungsschema des Summenanteils führt dagegen

Tabelle 1. Hypothetische Schadenersatzurteile (R_{TO}) für zwei Varianten des Teilungs-Schemas (I_T : Werte des Täter-Verschuldens; I_O : Werte der Opfer-Mitschuld).

Summenanteil:

		I_T				
		.2	2	5	15	100
$R_{TO} = \frac{I_T}{I_O + I_T}$	1	.167	.667	.83	.94	.99
	I_O 3	.067	.400	.63	.83	.97
	4	.050	.333	.56	.79	.96

Kurvenverlauf: FASS-FÖRMIG (BARREL-SHAPE)

Direkte Division:

		I_T				
		.2	2	5	15	100
$R_{TO} = \frac{I_T}{I_O}$	1	.20	2.00	5	15	100
	I_O 3	.07	.67	1.67	5	33.33
	4	.05	.5	1.25	3.75	25

Kurvenverlauf: FÄCHER-FÖRMIG (FAN-SHAPE)

zu einem faß-förmigen Verlauf der Kurven des faktoriellen Graphen (vgl. Tabelle 1 oben), wo sowohl im untersten als auch im obersten Verschuldensbereich die Kurven konvergieren und zugleich von geringem zu hohem Verschulden ansteigen. Daher kann die empirische Prüfung des Teilungsschemas schon bei Beurteilungen von geeigneten Kombinationen aus Verschulden- und Mitschuld-Informationen zu einem eindeutigen Ergebnis führen. Eine Konvergenz der Kurven bei hohem Verschulden wäre ein Widerspruch zu dem Schema der direkten Teilung.

Aber man muß auch über diese bislang zu den Prüfungen der quantitativen Theorien der distributiven Gerechtigkeit analog erfolgenden Modellprüfungen hinausgehen. Denn in einem weiteren Schritt ist auch der Ausschluß einer ganzen Klasse von alternativen Modellen nötig. Diese würden zumindest mit Hilfe einer von der Mitschuld- und der Verschuldenbedingung abhängigen differentiellen Gewichtung von Verschulden- und Mitschuld-Informationen das faß-förmige Muster auch bei einer im Prozeß summierenden und gewichtenden Durchschnittsbil-

dung beschreibbar machen. Dieses Modell der differentiellen Durchschnittsbildung würde die Urteile aus der Gleichung

$$R_{ij} = W_{Mij} * \text{Mitschuld}_i + W_{Vij} * \text{Verschulden}_j \text{ mit } W_{Mij} + W_{Vij} = 1$$

ableiten. Die Prüfung dieses im Differenziertheitsniveau der Gewichte extremen Durchschnittsbildungsmodells ist prinzipiell wichtig, da dieses äußerst anpassungsfähige Modell auf einen anderen Integrationsprozeß schließen ließe. Die Prüfung würde wie zuvor bei dem Strafe-Zurechnungsschema mit dem Vergleich der Urteile über Stimuli unterschiedlicher Komplexitätsniveaus erfolgen können. Wenn der zuvor bei der Strafe beschriebene Effektunterschied zwischen partiellen und kompletten Stimuli nicht auftritt, wäre z. B. das Teilungsschema des Summenanteils gestützt, wenn zugleich der faß-förmige Verlauf der Kurven für die Urteile über komplette Stimuli vorliegt.

Im folgenden wird über zwei Studien berichtet, in denen die zuvor dargelegten Hypothesen, die aus den rechtlichen Zumessungsschemata gewonnen wurden, bestätigt wurden. In der ersten Untersuchung wurde das Teilungsschema für Schadensersatz-Urteile mit den beiden zuvor beschriebenen kritischen Tests geprüft. Darüberhinaus erhielt dieser Nachweis der Gültigkeit des Teilungsschemas für den Schadensersatz dadurch Verstärkung, daß in dem entsprechenden Teil der zweiten Untersuchung, in dem dieselben Stimuluskombinationen auf einer Strafeskala zu beurteilen waren, nicht mehr die Urteilskonfigurationen auftraten, die bei Schadensersatz-Urteilen vorlagen. Das Ergebnis aus Untersuchung 1 hatte also eine für den Schadensersatz spezifische Aussagekraft. Zur Hauptsache war die Untersuchung 2 aber der Prüfung des Durchschnittsbildungsmodells für Strafe-Urteile gewidmet. Zunächst wird im Bericht über Untersuchung 2 gezeigt, daß Strafe-Urteile über Stimuli, die entsprechend der Zwei-Komponenten-Struktur des rechtlichen Strafe-Schemas aufgebaut waren, tatsächlich dem kritischen Test des Durchschnittsbildungsmodells standhielten. Daran anschließend wird gezeigt, daß das Schadensersatz-Schema in das Strafe-Schema hineinwirkte, wenn die mit Strafe-Urteilen zu versiehenden Stimulusbedingungen Informationen über Schadenshöhen und Ersatzausmaße enthielten.

3. Untersuchung 1

Die Aufgabe der 77 Probanden (Studenten der Psychologie im ersten Studienabschnitt) eines Gruppenexperiments bestand darin, zu Geschichten über eine versehentliche bzw. aus Wut erfolgende Ruinierung von acht Briefmarken unter zwei

Mitschuld-Bedingungen (der Täter bzw. der Geschädigte ließ sein Kakaoglas entgegen einer vorherigen Vereinbarung stehen) anzugeben, wieviel Briefmarken gleicher Art bzw. Werts der Schädiger dem Geschädigten geben soll. Das Wort Ersatz wurde nicht erwähnt. Außer den Geschichten-Kombinationen waren auch die vier Einzelinformationen in dieser Weise zu beurteilen. Die Perspektive der Urteiler war dabei im Unterschied zu den ähnlich vorgehenden Arbeiten von Hommers (1986, 1988a) die eines neutralen Dritten, während dort die Perspektiven des Täters bzw. des Geschädigten untersucht wurden.

Das Teilungsschema des Summenanteils wird durch die in Abb. 1 dargestellten Ergebnisse bestätigt, und zwar in beiden in die Untersuchung eingebauten kritischen Tests für die These der Teilungsregel nach dem Summenanteil bei Verbindung von Mitschuld- und Verschulden-Informationen. Der eine Test ist in der Konvergenz der durchgezogenen Kurven zu sehen, der andere im Verhältnis der gestrichelten zu den durchgezogenen.

Die durchgezogenen Kurven geben die mittleren Urteile für Geschichten-Kombinationen an. Sie konvergieren nach oben ansteigend, unabhängig davon, ob die Verschulden- (links) oder die Mitschuld-Informationen (rechts) auf der horizontalen Achse abgetragen sind. Diese Form der Interaktion ist von einem im Urteil operativen Schema im

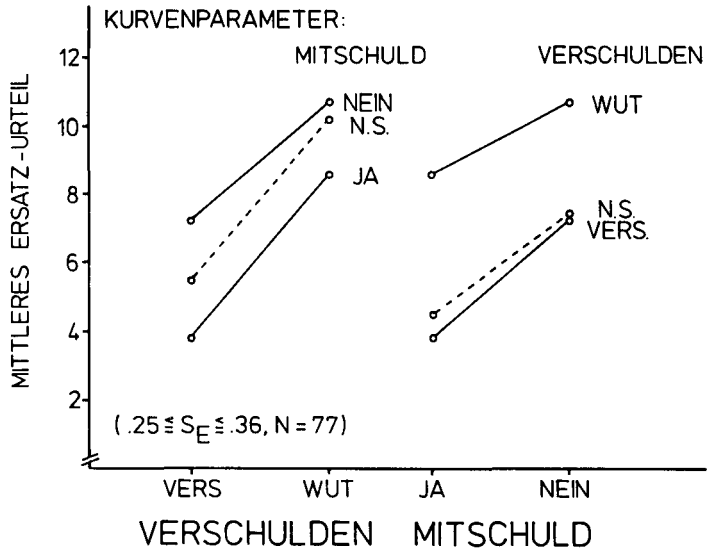


Abbildung 1. Schadenersatz-Urteile als Funktion des Verschuldens des Schädigers und der Mitschuld des Geschädigten. Die ansteigende Konvergenz der durchgezogenen Kurven und der Verlauf der gestrichelten Kurven für im Kurvenparameter nicht spezifizierte Stimuli (N.S.) stützen das Teilungsschema für den Schadenersatz (S_E = Standardfehler der Mittelwerte).

Sinne des Summenanteils zu erwarten und wird parametrisch mit $F(1,76)=10.56$, $p<.0019$, und non-parametrisch durch unterschiedliche Urteilsdifferenzen ($p<.001$) bei Versehen und bei Wut bzw. bei JA und NEIN statistisch gestützt. Auch die Haupteffekte von Verschulden und Mitschuld waren statistisch gesichert, $F(1,76)=261.91$ bzw. $F(1,76)=121.59$, $p<.001$.

Die gestrichelten Kurven verbinden die mittleren Urteile über die Einzel-Informationen. Die beiden Teile der Abbildung 1 sollen ihre Relation zu den Beurteilungen der kombinierten Informationen besser sichtbar machen. Der wesentliche Punkt liegt darin, daß die gestrichelten Kurven zwischen den durchgezogenen Kurven liegen, sie also weder kreuzen, noch statistisch gesichert stärker ansteigen als die jeweils stärker steigende der beiden durchgezogenen Kurven. Das stützt ebenfalls die Hypothese des Summenanteils, da alle drei Kurven jedes Abbildungsteils, abgesehen von der anzulegenden statistischen Toleranz, auf einen gemeinsamen Schnittpunkt zulaufen, was von dieser Teilungsregel für Verschulden-und Mitschuld-Information zu erwarten wäre.

Ergänzend anzumerken wäre, daß im linken Teil der Abbildung 1 die N.S.-Kurve zwar signifikant ($p<.001$) stärker steigt als die obere NEIN-Kurve. Aber mehrere Punkte sprechen dagegen, das als Widerlegung des Teilungsschemas zu werten. Erstens steigt die NEIN-Kurve nicht stärker als die JA-Kurve im linken Teil. Zweitens kreuzt die N.S.-Kurve nicht die NEIN-Kurve, was drittens auch mit dem deutlich nicht-signifikanten Ergebnis in einem McNemar-Change-Test (vgl. unten) auf der Basis der individuellen Anzahl von Pbn mit solchen kreuzenden Kurvenverläufen erhärtet werden konnte ($\chi^2=1.28$, $df=1$, $p>.25$).

Mit diesen Befunden wurden hinsichtlich der Kurven-Konvergenz und der Relation der N.S.- zu den vollständigen Stimuli Ergebnisse von Hommers (1986, 1988a) repliziert, die bei einer anderen Stichprobe (Jugendliche bzw. Berufstätige) und mit anderer Instruktion über die Urteilsperspektive (Geschädigter bzw. Schädiger) erlangt wurden. Hinsichtlich der Konvergenz liegen auch unveröffentlichte, bestätigende Befunde aus einer kulturvergleichenden Untersuchung vor, in der ohne Verwendung von N.S.- Stimuli mit zwei umfangreichen Stichproben von je 124 US-amerikanischen und deutschen Studenten jeweils der in Abbildung 1 sichtbare Verlauf der durchgezogenen Kurven erlangt wurde. Daher wurde insgesamt das präskriptive rechtliche Schadensersatz-Schema des Summenanteils für die Verbindung von Schädiger-Verschulden und Mitschuld des Geschädigten zumindest für das Briefmarkenruinierungs-Szenario als eine allgemeingültige Urteilstheorie bestätigt, was die Prüfung der Hypothese mit anderen Szenarien in zukünftigen Arbeiten nahelegt.

4. Untersuchung 2

Die Aufgabe der 81 Probanden (Eltern, Verwandte und Bekannte von Psychologie-Studenten) im Alter zwischen 14 und 65 Jahre bestand darin, 24 und 4 weitere Geschichten über eine Briefmarkenruinierung auf einer 10-stufigen, graphisch durch anwachsende Säulen unterstützten Strafe-Skala zu beurteilen. Außer den beiden Verschulden- und Mitschuld-Informationen wurden noch zwei Schaden-Stufen (Zwei oder Zehn ruinierte Briefmarken) und drei Ersatzleistungsstufen (Der Täter leistete KEIN-, HALB-, VOLLen Ersatz) zur Geschichtenbildung verwendet. Dies ergab 24 vierfaktoriell aufgebaute Stimuli. Außerdem wurden vier Geschichten dargeboten, die nur aus den beiden Verschulden- und Mitschuld-Informationen bestanden. Diese kamen also auch in Untersuchung 1 vor. Die 28 Geschichten wurden in vier Untersuchungsmappen in verschiedenen Reihenfolgen angeordnet. Jede Geschichte wurde zuerst in vollem Wortlaut in der natürlichen Reihenfolge der Teile präsentiert und darunter in Kurzform zur Verringerung von Anordnungseinflüssen (Austin, Ruble & Trabasso, 1977) in umgekehrter Reihenfolge der Teile wiederholt. Die Probanden wurden einzeln von 27 Versuchsleitern im Rahmen eines Empirie-Praktikums untersucht.

4.1 Bestätigung der Durchschnittsbildung im Kreuzungstest

Die Abbildung 2 stellt die mittleren Urteile der Untersuchung 2 dar. Dabei sind die Urteile bei der Stufe VOLL über die beiden Schaden-Stufen gemittelt worden, da sie sich nur um .1 voneinander unterschieden. Die durchgezogenen Kurven verbinden die Urteile der vierfaktoriell aufgebauten Geschichten, die gestrichelten Kurven diejenigen der Verschulden-Mitschuld-Kombinationen. Die statistische Analyse stützte folgende graphisch an Abstands- bzw. Steigungsunterschieden der Kurven erkennbar gemachte Befunde: (a) alle Informationen beeinflussten die Urteile: $F(1,80)=121.34$, 203.45 , 64.87 für Mitschuld, Verschulden und Schaden und $F(2,160)=349.46$ für Ersatz, $p<.001$ jeweils; (b) die Wirkung der Ersatz-Information war jeweils größer bei der durchschnittlich höher bestraften Stufe der anderen Informationen: $F(2,160)=27.87$, 42.07 , 40.70 für die Interaktionen mit Mitschuld, Verschulden und Schaden, $p<.001$ jeweils; (c) ähnlich wie bei den Schadensersatz- Urteilen der Untersuchung 1 war hier in den Beurteilungen vierfaktorieller Geschichten der Verschulden-Effekt bei der Mitschuld JA größer: $F(1,80) = 6.85$, $p=.011$ für die Mitschuld-Verschulden-Interaktion; (d) weiterhin waren die Tripel-Interaktion zwischen Verschulden, Mitschuld und Ersatz, $F(2,160)=7.90$, mit $p=.001$ und (deutlich im Niveau abgesetzt) die Quartupel-Interaktion, $F(2,160)=3.54$, mit $p=.031$ zu sichern, da sich der Ersatz-Effekt in komplexer Abhängigkeit von Mitschuld, Verschulden und Schaden änderte. Die Befunde replizierten anhand einer deutschsprachigen Stichprobe US-amerikanische Befunde von Hommers &

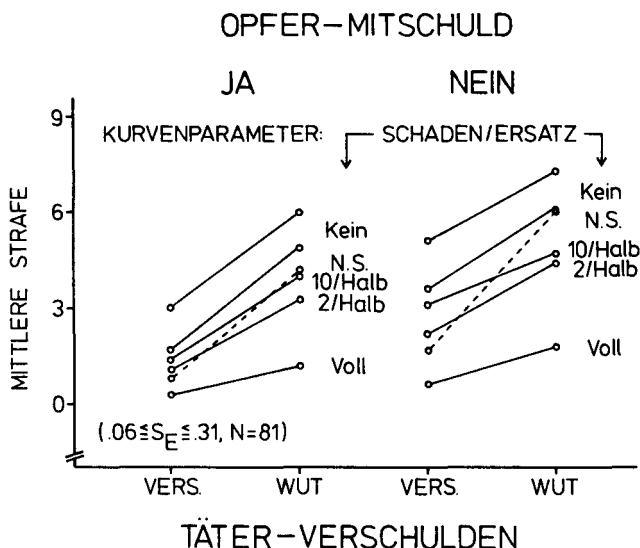


Abbildung 2. Strafe-Urteile als Funktion des Täter-Verschuldens (horizontale Achse), der Mitschuld des Opfers (linker und rechter Teil), der Schadenshöhe und der Ersatzproportion (Kurvenparameter). Die Kreuzungen der gestrichelten Kurven für in Ersatz und Schaden nicht spezifizierte Stimuli (N.S.) mit den durchgezogenen HALB-Kurven stützen das Strafzumessungsschema der Durchschnittsbildung (S_E = Standardfehler der Mittelwerte).

Anderson (1985, 1989, in press) über das Zusammenwirken von Verschulden, Schaden und Ersatz-Informationen auf Strafe-Urteile und erweiterten sie um die Befunde über die Wirkung von Mitschuld-Information, die in ihrer Wirkungsstruktur im Verhältnis zur Ersatz- und Schaden-Information der Verschulden-Information ähnlich war.

Den für die hier hauptsächlich verfolgte Frage der Durchschnittsbildung entscheidenden Test sieht man in Abbildung 2 aber darin, daß die gestrichelten Kurven die beiden durchgezogenen Kurven der Stufe HALB kreuzen und in jedem Teilgraphen jeweils die größten Steigungen im Vergleich zu den durchgezogenen Kurven für die Beurteilungen der kompletten Geschichten haben. Dieser Befund stützt die Hypothese der Durchschnittsbildung in der Strafe. Angesichts der Anordnung der Untersuchung, die die Integration von Strafzumessungsfaktoren aus den zwei im rechtlichen Denken angenommenen Komponenten-Kategorien Handlung (Verschulden, Mitschuld) und Effekt (Schaden, Ersatzleistung) verlangte, wurde das mit einer in der Struktur der Stimulusfaktoren vollständigen Analogie zum Strafgesetzbuch erreicht, obwohl sowohl

Urteiler als auch der Geschichteninhalt nicht in enger Beziehung zum strafrechtlichen Urteilen standen. Das aber gerade stützt die These der Allgemeingültigkeit des Strafzumessungsschemas in Form der Durchschnittsbildung.

Die statistischen Prüfungen stützten den dargestellten Befund parametrisch und non-parametrisch. Zunächst ergab sich im parametrischen Overall-Test eine signifikante Interaktion für die dargestellte Kreuzung von gestrichelten N.S.- und durchgezogenen HALB-Kurven, $F(1,80) = 41.10$ (Schaden ZWEI) bzw. 66.21 (Schaden ZEHN), $p < .001$. Non-parametrisch wurde geprüft, ob die Kreuzung der gestrichelten N.S.-Kurve zur durchgezogenen HALB-Kurve durchschnittlich und individuell zu sichern war. Mit dem Wilcoxon-Test der Urteilsdifferenzen wurden die Steigungen der gestrichelten gegen die durchgezogenen Kurven geprüft. Es zeigte sich dabei, daß die gestrichelten Kurven steiler stiegen als die HALB-Kurven ($p < .001$ für alle vier Vergleiche). Mit dem Wilcoxon-Test der Urteils-Mittelwerte war ebenfalls bis auf eine Ausnahme (vgl. unten) die gewünschte Sicherung mit $p < .05$ in 8 Mittelwertvergleichen zu finden. Schließlich wurde ein McNemar-Change-Test zur Prüfung des individuellen Vorkommens der Kreuzung gerechnet. In diesen ging die Anzahl der Pbn ein, die bei VERSEHEN die N.S.-Stimuli mit weniger Strafe als die HALB-Stimuli beurteilten und bei WUT mit mehr Strafe. Auch hier waren bei $df=1$ und dem kleinsten von vier $\chi^2 = 9.94$ alle Prüfungen statistisch gesichert mit mindestens $p < .005$. Den 15, 14, 21, 35 die Durchschnittsbildung auf diese Art massiv bestätigenden individuellen Wechsels von weniger bei VERSEHEN zu mehr bei WUT standen 2, 1, 1, 0 in der umgekehrten Richtung gegenüber. Bezog man auch die Veränderungen ein, bei denen gerade eine Gleich-Beurteilung von N.S.- und kompletten Stimuli auftrat, dann waren es 38, 37, 45, 56 individuelle Bestätigungen gegenüber 13, 15, 4, 4 individuellen Gegenbeispielen für die Durchschnittsbildung. Schließlich waren auch unter den restlichen Probanden nur wenige, die Unterschiedsgleichheit oder invers zur Erwartung ausfallende Unterschiede in den betreffenden Urteilen hatten, so daß man die Gegenbeispiele als fehlerbedingt auffassen konnte.

4.2 Differentielle Gewichtung der Mitschuld-Stufen

Eine weitere Interaktion der N.S.-Stimuli weist auf unterschiedliche Gewichtung der beiden Mitschuld-Stufen. Die Interaktion ist in der Abbildung 2 daran zu erkennen, daß die gestrichelte Kurve im linken Teil nur knapp über die beiden durchgezogenen HALB-Kurven hinausragt, während die gestrichelte Kurve im rechten Teil weit über die HALB-Kurven nach oben und unten hinausgeht. Im parametrischen Test war diese Abhängigkeit der Kreuzungen von gestrichelten und HALB-Kurven von der Mitschuld klar gesichert: $F(1,80) = 10.72$, $p = .002$ und $F(1,80) = 24.95$, $p < .001$ für die beiden Schadenstufen. Alle non-parametrischen Prüfstatistiken fielen weiterhin für die Kombinationen aus bestehender Mitschuld (linker Teil von Abbildung 2) geringer aus als für die Kombinationen aus fehlender Mitschuld. Die non-parametrischen Vergleiche der zentralen Tendenz fielen dabei sogar so knapp aus, daß sie einmal von

insgesamt vier durchgeführten Tests selbst bei Zugrundelegung einseitiger Testung mit $p = .092$ nicht signifikant waren.

Die Erklärung dieses Einflusses der Mitschuld auf die Kreuzung kann mit dem Modell der Durchschnittsbildung erfolgen, indem man auf die Annahme zurückgreift, daß sich das effektive Gewicht des Verschuldens als Quotient des betreffenden Rohgewichts und der Summe aller aufgrund des zu beurteilenden Stimulus gerade wirksamen Rohgewichte W_i darstellen läßt:

$$W_v / (W_m + W_v)$$

für N.S.-Stimuli aus Mitschuld (m) und Verschulden (v) und

$$W_v / (W_m + W_v + W_e + W_s)$$

für Stimuli mit Ersatz (e) und Schaden (s) zusätzlich. Wenn dann, wie im rechten Teil von Abbildung 2 dargestellt, zu den N.S.-Stimuli aus Mitschuld NEIN und Verschulden die Informationen über Ersatz und Schaden hinzukamen, hatte dies einen erheblichen Einfluß auf den Verschulden-Effekt, wie an der starken Steigungsänderung von gestrichelten zu HALB-Kurven zu sehen ist. Das beruhte gemäß Durchschnittsbildungsmodell darauf, daß die im Nenner hinzukommenden Rohgewichte von Schaden und Ersatz relativ groß waren gegenüber der Summe der Gewichte von Mitschuld NEIN und Verschulden und daher das effektive Gewicht des Verschuldens erheblich reduzierten. Anders verhielt es sich mit den Rohgewichten im linken Teil. Hier muß man annehmen, daß im Nenner eine geringere Rohgewichtsumme vorlag als im rechten Teil, da die Steigungsänderung von N.S.-Kurven zu HALB-Kurven kleiner ausfiel als im rechten Teil. Aber da alle an diesem Kurvenvergleich beteiligten Informationen Schaden, Ersatz und Verschulden gleiche Ausprägungen hatten und die Änderung des Werts der Mitschuld nach dem Durchschnittsbildungsmodell keinen Einfluß auf den Verschuldenseffekt haben konnte, liegt die Folgerung auf der Hand, daß sich das Gewicht der Mitschuld-Information im Nenner des Quotienten so änderte, daß das effektive Gewicht des Verschuldens weniger abnahm als im rechten Teil. Das bedeutet, daß die erforderliche geringere Änderung des effektiven Verschulden-Gewichts nur möglich war, wenn das Gewicht von Mitschuld JA, das im linken Teil auf die Urteile einwirkte, größer war als das Gewicht von Mitschuld NEIN, das im rechten Teil auf die Urteile einwirkte. Diese Folgerung besagt bei Anwendung der Rohgewicht-Überlegung auf die N.S.-Stimuli, daß, wie in Abbildung 2 zu erkennen, der Effekt des Verschuldens in den N.S.-Stimuli im linken Teil kleiner sein

mußte als im rechten Teil. Auch diese Interaktion war mit $F(1,80) = 13.40$, $p < .001$, statistisch gesichert. Somit ergab sich aus der durch die Kreuzung schon bestätigten Durchschnittsbildung zusätzlich, daß das Gewicht von Mitschuld JA größer war als das Gewicht von Mitschuld NEIN.

4.3 Gültigkeit des Summenanteil-Schemas in Strafe-Urteilen

Die beiden Untersuchungen lieferten zweimal direkte Beurteilungen von Mitschuld-Verschulden-Kombinationen, auf der Schadensersatz-Skala (bei konstant gehaltenem Schaden als komplette Stimuli) und auf der Strafe-Skala (als partielle Stimuli). Den Vergleich der mittleren Urteile über diese Stimulus-Kombinationen macht Abbildung 3 möglich, in der die direkten Urteile über die Verschulden-Mitschuld-Kombinationen der beiden Untersuchungen als gestrichelte Kurven dargestellt sind. Der Vergleich der beiden Paare von gestrichelten Kurven zeigt, daß nur bei den

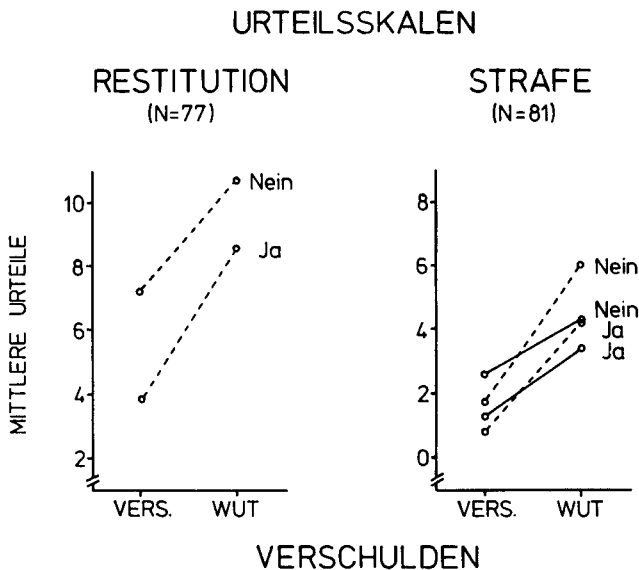


Abbildung 3. Urteile auf zwei Urteilsskalen als Funktion von Verschulden (horizontale Achse) und Mitschuld (Kurvenparameter). Der Vergleich der durchgezogenen Kurven für über Schaden und Ersatz gemittelte Urteile mit den gestrichelten Kurven für in Schaden und Ersatz unspezifiziert gelassene Stimuli macht das Wirken des Teilungsschemas in den Urteilen mit der Konvergenz der durchgezogenen Kurven sichtbar und in den Steigungsunterschieden wird das Strafzumessungsschema der Durchschnittsbildung erkennbar.

Schadensersatz-Urteilen (linker Teil von Abbildung 3) die Kurven für die Verschulden-Mitschuld-Kombinationen nach oben ansteigend konvergieren. Die gestrichelten Kurven im rechten Teil der Abbildung 3 aus der Untersuchung 2 divergieren dagegen, indem sie ansteigen. Auch die statistische Analyse des gestrichelten Kurvenpaares aus der Untersuchung 2 belegt das Abweichen von einer konvergierenden Verschulden-Mitschuld-Interaktion: $F(1,80) = 13.40$, $p < .001$ für die Interaktion von Verschulden und Mitschuld in reinen Verschulden-Mitschuld-Kombinationen.

Das Ergebnis des Vergleichs der direkten Urteile über die Verschulden-Mitschuld-Kombinationen zwischen den beiden Untersuchungen unterstreicht zunächst noch einmal das in Untersuchung 1 erlangte Ergebnis zur Gültigkeit des Summenanteil-Schemas. Denn das eine der beiden Kriterien für das Summenanteil-Schema war das Konvergieren der Kurven, und dieses trat bei der Beurteilung der gleichen Informationen nur bei den Schadensersatz-Urteilen auf. Das heißt, das spezifische Auftreten der Konvergenz bei Schadensersatz-Urteilen sichert die Gültigkeit des Summenanteil-Schemas noch zusätzlich.

Geht man über die reinen Verschulden-Mitschuld-Kombinationen hinaus und betrachtet auch die Interaktion von Verschulden und Mitschuld in den Strafe-Urteilen über die kompletten Geschichten, dann ergibt sich aber überraschenderweise noch ein weiterer Befund, der ebenfalls als Stützung des Summenanteil-Schemas interpretiert werden kann. Denn der divergierenden Struktur der Beurteilungen der reinen Verschulden-Mitschuld-Kombinationen in Untersuchung 2 standen konvergierende, nach oben ansteigende gegenüber, wenn man die Beurteilungen der kompletten vierfaktoriellen Geschichten über die Schaden- und die Ersatz-Stufen hinweg mittelte. In der Abbildung 3 sind diese gemittelten Urteile als durchgezogene Kurven im rechten Teil dargestellt. Die Interaktion von Verschulden und Mitschuld in den kompletten, vierfaktoriellen Geschichten war mit $p = .011$ statistisch gesichert: $F(1,80) = 6.85$. Die Unterschiedlichkeit der beiden Graphen im rechten Teil von Abbildung 3 war darüberhinaus mit $F(1,80) = 10.72$, $p = .002$ gestützt, so daß tatsächlich durch Hinzufügen der Ersatz- und der Schaden-Information aus einer divergierenden Interaktion eine konvergierende wurde.

Die Interpretation dieser Änderungen in der graphischen Erscheinungsform der Interaktion von Verschulden und Mitschuld ist unabhängig vom steileren Ansteigen der gestrichelten Kurven im Vergleich zu den durchgezogenen vorzunehmen. Dieser Steigungsunterschied verweist auf

die Gültigkeit der Durchschnittsbildung, was zuvor eingehend analysiert wurde. Der von der Anzahl der Informationen abhängige Wechsel in der Erscheinungsform der Verschulden-Mitschuld-Interaktion bei Strafe-Urteilen könnte vielmehr eine weitere Stützung des Summenanteil-Schemas für Schadensersatz-Urteile darstellen. In die Beurteilungen von Ersatz-Stufen in Verbindung mit anderen Informationen scheint das Schema des Summenanteils von Verschulden und Mitschuld auch dann hineinzuwirken, wenn den Probanden mit Strafe ein anderer Urteilsinhalt als die dann nicht mehr sinnvolle Response des Schadensersatzes vorgegeben wurde. Das Inangsetzen des Schemas des Summenanteils wurde aber in den Urteilen noch ausgespart, wenn in den zu beurteilenden Stimuli und den Urteilsinhalten nicht die Rede von der Ersatzleistung und dem Schaden war. Da in die Schadensersatz-Urteile aber auch die dort konstant gehaltenen Schadenshöhe einging, läßt sich vermuten, daß das Teilungsschema des Summenanteils immer dann in Aktion tritt, wenn Schaden und Ersatz in den Urteilsprozeß Eingang finden können.

5. Diskussion

Insgesamt stützen die direkten (Schadensersatz) und indirekten (Strafe) Belege für das Schema des Summenanteils und die Belege für die Durchschnittsbildung in den Strafe-Urteilen die empirische Gültigkeit zweier impliziter rechtlicher Zumessungsschemata für das moralische Urteilen. Sie unterstreichen damit den heuristischen Wert des rechtlichen Denkens für die psychologischen Theorienbildung über das moralische Urteilen. Sie enthalten aber, z. B. in den Feststellungen über die Gewichtsrelationen (z. B. für die Mitschuld-Stufen) und im explizit gemachten Gültigkeitsstatus, auch Momente, die die psychologischen Theorien über einen bloßen Nachvollzug der nur implizit gegebenen rechtlichen Zumessungsschemata hinausheben. Bevor auf die generelleren Implikationen dieser Befunde für die Rechtspsychologie eingegangen wird, soll ein Ausblick auf Folge-Untersuchungen gegeben werden.

5.1 Ausblick auf Folge-Untersuchungen

Weitere Untersuchungen zu den hier untersuchten Zumessungsschemata bleiben erforderlich bzw. sind denkbar, um die Gültigkeit der beiden Zumessungsschemata noch eingehender und umfassender empirisch zu fundieren. So besteht hinsichtlich des Strafe-Schemas ein herausragender Unterschied zwischen der präskriptiven Schuldrahmentheorie und den

empirischen Befunden zur Durchschnittsbildung darin, daß die Urteilsrahmen der N.S.- Stimuli in den empirischen Befunden nicht die Urteilsrahmen aller anderen Kombinationen einschlossen, sondern bestenfalls nur die der HALB-Stufen. Das kann an dem verwendeten Briefmarkenruinierungs-Szenario gelegen haben, das möglicherweise nur Strafe-Urteile, wie sie in Erziehungsvorgängen vorkommen, ausgelöst hat. Einerseits erscheint deswegen die erlangte Bestätigung des Durchschnittsbildungsmodells wegen der darin schon enthaltenen Generalisierung der Gültigkeit des kognitiven Schemas auf erzieherisches Strafen nur noch wertvoller. Andererseits folgt daraus auch, daß die Generalisierbarkeit der Befunde zu prüfen ist. Dabei sind zwei Denkrichtungen zu verfolgen.

Auf der einen Seite wird man prüfen müssen, ob die Befunde spezifisch für Strafe-Urteile waren oder ob sie auf moralische Urteile (z. B. Gut-Böse) oder auf emotionale Urteile (z. B. Freude-Ärger) generalisierbar sind. Diese Frage rührt daher, daß die Probanden z. B. bei der Bedingung VERSEHEN zur Abgabe von Strafe-Urteilen gleichsam gezwungen wurden, weil der Meßbereich der Strafeskala hier nicht mehr voll zutraf. Die Replikation der Befunde innerhalb der negativen Wertungsbereiche der angegebenen bipolaren Skalen würde den Gültigkeitsnachweis des impliziten Strafeschemas daher erhöhen. Auf der anderen Seite können Beschreibungen anderer unerlaubter Handlungen untersucht werden. Da dabei auch noch der hinreichend interessante Aspekt der Prüfung des umschließenden Rahmens berücksichtigt werden kann, sollte das Strafzumessungsschema unbedingt noch mit Handlungsbeschreibungen untersucht werden, die im Sinne des Strafgesetzbuches strafbare Handlungen darstellen.

Eine andere Hypothese zur Erklärung des Fehlens des Umschließens macht ebenfalls weitere Arbeiten erforderlich. Die Ersatz-Informationen KEIN bzw. VOLL besitzen möglicherweise kognitive Komponenten, die außerhalb des Bereichs des Strafzumessungsschemas wirken. So nahmen Hommers & Anderson (1985) zur Erklärung der auch in den hier dargestellten Untersuchungen aufgetretenen übermäßig großen Ersatz-Effektstärken (fünffmal stärker als Schaden und zweimal stärker als Verschulden) an, daß die Ersatz-Information über zwei Komponenten wirkt: Entschädigung und Entschuldigung. Möglich wäre nun, daß sich nur die Entschädigungskomponente direkt in das zweigliedrige strafrechtliche Zumessungsschema aus den beiden Komponenten Handlung und Effekt einfügt und per Durchschnittsbildung kognitiv integriert wird.

Demgegenüber könnte für die Entschuldigung gelten, daß sie als *Entschuldigung* rein additiv (KEIN) bzw. subtraktiv (VOLL) auf die Urteile wirkt und daher zu einer Erweiterung der Urteilsspanne aus dem Schema aus Handlung und Effekt führt. Eine Möglichkeit zur experimentellen Prüfung dieser Hypothese läge darin, die Ersatz-Information als Dritt-Entschädigung zu operationalisieren. Dann müßte die "ent-schuldigende" Wirkung der Besserstellung des Geschädigten fehlen.

Auch hinsichtlich des Schadensersatz-Schemas wären weitere Untersuchungen möglich. So ist bislang nur der nach oben konvergierende Teil des zu erwartenden faß-förmigen Kurvenverlaufs empirisch demonstriert worden. Dieser ist jedoch für die Bestimmung der Integrationsregel entscheidend, so daß hier gegenwärtig noch kein großer Mangel zu sehen ist. Wichtiger wäre die Prüfung der Generalisierbarkeit im Szenario. Daneben wäre nicht nur beim Schadensersatz-Schema, sondern auch beim Strafe-Schema von Interesse, wie sich diese Schemata in der Duplex-Response darstellen (Hommers & Endres, 1988), von der die doppelte Struktur hinsichtlich der Tatfolgen im Zivil- und Strafrecht in einer Versuchsanordnung zugleich abgebildet wird.

Auch die theoretische Integration der Ergebnisse in einer Modellgleichung ist anzustreben. Von Interesse ist besonders, wie - trotz anscheinend prozessualer Andersartigkeit - das Summenanteil-Schema in das Strafe-Schema der Durchschnittsbildung hereinwirken kann. Die theoretische Integration der vorliegenden Befunde gelingt möglicherweise schon hinreichend mit der Modellgleichung

$$\text{Strafe}_{ijkl} = w_{Mi} M_i + w_{Vj} V_j + w_{Ek} (R_{ij} - E_k + w_S S_l),$$

die sich an dem Kompositionsmodell der in Handlung und Effekt klassifizierten Zumessungsfaktoren des § 46 StGB orientiert. In die Modellgleichung gehen die Informationen der Mitschuld (M_i) und des Verschuldens (V_j) allein und über die Zwischengröße R_{ij} in die Strafbestimmung ein: $R_{ij} = M_i / (M_i + V_j)$. Die Zwischengröße R_{ij} gibt die als gerecht betrachtete Restitution an, die sich nach dem Schema des Summenanteils bemißt und die mit der Ersatz-Information (E_k) über das von der Ersatz-Information abhängige Gewicht w_{Ek} in die Strafe eingeht. Nimmt man an, daß dieses Gewicht erheblich größer ist als die Gewichte w_{Mi} und w_{Vj} , kann einerseits die Veränderung der divergierenden Interaktion von Verschulden und Mitschuld bei fehlender Ersatz-Information in eine konvergierende beschrieben werden und andererseits die aufgrund der differentiellen Gewichte w_{Mi} zu erwartende Interaktion von Schaden und

Mitschuld unterdrückt werden. Das in R_{ij} eingehende Summenanteil-Schema kann zur überwiegenden Wirkung auf die Strafurteile gelangen, sobald Schaden- und Ersatz-Information zur Beurteilung vorliegen. Die Interaktionen der Ersatz-Information mit Schaden, Verschulden und Mitschuld können sich durch die von der Ersatz-Stufe abhängige Gewichtung (w_{Ek}) herausstellen, da durch die restriktive Forderung, daß die Gewichtssumme Eins beträgt, die effektiven Gewichte der anderen Informationen über die Relativierung der Rohgewichte vom Ersatz-Gewicht abhängen und der Zähler von R_{ij} sowohl Mitschuld- als auch Verschulden-Stufen enthält. Für die exaktere Prüfung des angegebenen Modells sind allerdings weitere empirische und theoretische Untersuchungen notwendig.

5.2 Schlußfolgerungen für die Rechtspsychologie

Die Ergebnisse solcher Untersuchungen bleiben abzuwarten. Gegenwärtig erscheint es aber schon angemessen, auch auf die grundsätzlichen Aspekte einzugehen, die in den Folgen des Ansatzes für die Rechtspsychologie liegen. Zwei Thematiken werden zur Diskussion gestellt. Erstens, wie soll man das Verhältnis von präskriptiven und empirischen Theorien angesichts der hohen Übereinstimmung verstehen? Zweitens, welche Konsequenzen ergeben sich aus dem Ansatz für den Gegenstand der Rechtspsychologie?

Die Antwort auf die Frage nach den Konsequenzen für das Verhältnis von präskriptiven und empirischen Theorien fällt durch Beschränkung auf eine markante Sichtweise relativ kurz aus. Die präskriptiven Modelle richterlicher Urteilsbildung lassen sich nicht als Normen ausgeben, die jenseits empirischer Zugänglichkeit stehen, sondern sie lassen sich als Forderungen auffassen, die auf konsistente Systematisierungen intuitiver Urteilsprozesse zurückgehen. Diese haben sich als Folgen des Bewährungsdruckes entwickelt, in dem die Rechtsprechung und die Rechtswissenschaften stehen. Sie sollen das individuelle Urteilsverhalten dahin beeinflussen, daß sich das, was sich nur durchschnittlich aus intuitiv ablaufenden, individuellen Prozeßabläufen ergibt, auch verläßlich im individuellen Vollzug von Strafe-Urteilen zeigt. Der dafür erforderliche Aufwand ist durch den existentiellen Ernstgehalt der erreichten Urteile begründet. Experten sollen also, so gesehen, nicht mehr als systematisch urteilende Laien sein, was prüfbar wäre mit Urteilen von Experten.

Diese Auffassung würde es aber umgekehrt auch wenig sinnvoll erscheinen lassen, die Durchschnittsbildung mit Urteilen einzelner Laien-Probanden außerhalb des Ernstfalles gerichtlicher Urteile zu bestätigen, obwohl das per Wiederholung des Urteilsexperiments mit jedem Probanden in mehreren Durchgängen methodisch durchaus möglich wäre. Man würde dann vielleicht nur eine geringe Anzahl von Probanden finden, bei denen die Durchschnittsbildung im Einzelexperiment bestätigt erscheint, ohne daß man daraus ihre beschränkte Gültigkeit als Strafzumessungsschema ableiten könnte. Denn nur die unterschiedlich konsequente Anwendung der in den meisten Fällen wirksamen Durchschnittsbildung in Urteilen einzelner Laien wäre möglicherweise der Grund für die individuelle Variation in den Bestätigungen des Schemas. Anders verhielte es sich mit Experten. Nach hinreichender Ausbildung würden wir erwarten müssen, daß sie das geforderte Strafzumessungsschema auch tatsächlich individuell anwenden. Wir würden also für ihre Urteile aufgrund der zu erwartenden höheren Konsistenz in Einzelexperimenten Bestätigungen des Zumessungsschemas erwarten. Damit ergibt sich auch aus dieser Diskussion des Verhältnisses präskriptiver und empirischer Modelle eine neue Aufgabenstellung für empirische Untersuchungen mit Experten, bei denen Einzelexperimente zu den Bestätigungen für die Durchschnittsbildung führen müßten.

Die Antwort auf die zweite Frage nach den Konsequenzen für den Gegenstand der Rechtspsychologie ist umfangreicher. Daß es möglich ist, daß sich rechtliches Denken als Heuristik für die Psychologie erweisen kann, wurde eingangs schon allgemein auf die fortwährende Bewährung der Rechtsprechung und Gesetzgebung gegenüber Kritik und Erfahrung zurückgeführt. Das kann man auch aus einem Zitat aus Monahan & Walker (1988, S. 467) ablesen, die sich mit dem rechtlichen Gebrauch von Forschungsergebnissen der Sozialwissenschaften in der Jurisprudenz befaßten: "Like social science, law, particularly court decisions in an experience-based (common-law) system, derives from specific empirical events - the facts of a case - but speaks more broadly." Das Zitat von Monahan & Walker (1988) bezeichnet also auch das Recht als auf Erfahrungen gegründet. Die Begriffswahl "Like" wies aber noch auf eine zweite Aussage hin, um die es den Autoren eigentlich ging: Die Annahme einer besonderen Ähnlichkeit von Sozialwissenschaften und Gesetz. Diese bilde die Grundlage für eine andere Beziehung zwischen empirischer Wissenschaft und Recht als zwischen Naturwissenschaften und Recht. Diese, so führen die Autoren aus, erfordere besondere Begriffe für die

Beschreibung der Beziehungen zwischen Sozialwissenschaften und Jurisprudenz. Jedoch, von der folgend eingenommenen Perspektive aus, handelt es sich dabei immer noch um die hilfswissenschaftliche Richtung von den Sozialwissenschaften zum Recht. In der vorliegenden Arbeit wurde dagegen die umgekehrte Richtung eingeschlagen. Denn die zwei präskriptiven Zumessungsschemata des rechtlichen Denkens bildeten den Ausgangspunkt für die empirische Theorienbildung.

Was mit der Umkehrung der hilfswissenschaftlichen Richtung der Beziehungen zwischen Jurisprudenz und Psychologie erreicht wurde, läßt sich an dem Begriff der Rechtspsychologie verdeutlichen, wie er von dem in Rußland lehrenden Rechtsphilosophen Petrazhitskii um 1909 geprägt wurde (Petrazhitskii, 1955; Landau, 1922). Ihm ging es in seiner Rechtspsychologie um die Theorie des Rechts auf der Basis von psychologischen Grundbegriffen der Emotion und Attribution. Das Ziel war eine auf zunächst individuell, dann gruppenbezogen konzipierten psychologischen Begriffen aufgebaute Rechtstheorie, die auch die Phylogenese der Rechtssysteme einschloß. Das wissenschaftliche Vorgehen von Petrazhitskii wird man, ohne es damit werten zu wollen, als eines kennzeichnen dürfen, das nicht explizit daten-generativ arbeitete.

Mit dem Begriff Rechtspsychologie kann aber auch genau das Umgekehrte gemeint sein. Rechtspsychologie wird dann aufgefaßt als Theorie der Psychologie (und nicht der Rechtswissenschaft) auf der Basis rechtlich entwickelter Denkansätze. Damit soll die Psychologie Nutzen ziehen aus den impliziten Theorien des rechtlichen Denkens, die sich womöglich auch tatsächlich entsprechend Petrazhitskiis Theorie entwickelt haben mögen. Es scheint sich ein Kreis zu schließen, wenn die Psychologie über den Konservator des rechtlichen Denkens wieder auf die psychologischen Grundlagen des rechtlichen Denkens zurückkommt und die wissenschaftliche Weiterentwicklung der Theorien über diese Grundlagen selber in die Hand nimmt. Damit soll offenbar nicht eine Prüfung des Rechtssystems in der bestehenden Praxis verfolgt werden, um womöglich daraus die Forderung nach einer Gesamtreform der berührten Fragen des Rechtssystems abzuleiten. Hinsichtlich solcher Anwendungseinlassungen bleibt diese Rechtspsychologie zumindest zunächst durchaus abstinent, ohne sie zu einem späteren Zeitpunkt auszuschließen. Was angestrebt wird, ist die Aufgabe einer daten-generativen Wissenschaft zu erfüllen, die sich zum Vorsatz macht, Theorien zu prüfen, um sie weiterzuentwickeln.

5.3 Der Gegenstand der Rechtspsychologie

Als Fazit ergibt sich, daß der Gegenstand der Rechtspsychologie einen zweispurigen Brückenschlag enthält:

(a) Recht kann (muß eigentlich und wird sicherlich) Erkenntnisse der psychologischen Erfahrungswissenschaft (wie auch anderer Erfahrungswissenschaften) berücksichtigen. Dabei gibt es zwei Arten: *de lege lata* und *de lege ferenda* (Wegener, 1981).

Die Anwendung psychologischer Erkenntnisse *de lege lata* findet z. B. im Gerichtssaal durch die forensische Tätigkeit von psychologischen Sachverständigen (Wegener, 1981; Wegener & Steller, 1986) statt. Sie wird getragen von der forensisch-psychologischen Grundlagenforschung, z. B. Wegener (1960, 1966, 1983), Köhnken & Wegener (1985), Steller (1987), Köhnken (1988). Aber auch die Berücksichtigung psychologischer Forschungsergebnisse *de lege ferenda* kann hier mit einem aktuellen forensisch-psychologischen Beispiel aufgeführt werden. Der für die Sorgerechtsregelung wichtige § 1671 BGB wurde in letzter Zeit zweimal unter Bezug auf psychologische Forschungsergebnisse geändert (Lempp, 1963, 1984), so daß nun außer dem Zuspruch der Sorge an die Mutter auch der Vater allein oder beide Elternteile zusammen die elterliche Sorge nach der Scheidung der Ehe ausüben können.

(b) Psychologie kann das rechtliche Urteilen und Denken als Gegenstand nehmen. Dabei sind mehrere Fälle zu unterscheiden:

1. *Beschreibung und Erklärung, was im rechtlichen Bereich geschieht.* Möglich wäre das durch Beobachtung von Urteilen und deren Rückführung auf die zugrundeliegenden Normen usw., was zumeist nur dann interessant ist, wenn das Rechtssystem nicht so funktioniert, wie es funktionieren soll. Die Divergenz zwischen "the law in theory" und "the law in practice" ist eine wichtige Leitlinie zum Verständnis der "legal psychology" in den USA (Lempert & Sanders, 1986). Ebbesen & Konecni (1975) und Konecni & Ebbesen (1982) ging es z. B. mit ihren methodisch vielfältig ansetzenden Untersuchungen um die Entlarvung der Komplexität des richterlichen Urteilens als Mythos. Ob ihre Vorgehensweise das wirklich nachweisen konnte, ist aber zweifelhaft. Hommers & Anderson (1989) weisen z. B. darauf hin, daß der Auswertungs- und Erhebungsansatz des linearen Regressionsmodells angesichts von jeweils fallspezifischen Variablen nur grob beschreibenden Wert im Sinne einer weniger aufwendigen dafür aber auch ungenaueren Beschreibung hat. Das heißt aber auch, daß richterliches Urteilen eben

doch weit komplexer ist, als es sich in den Methoden des sich als Rechtskritik gebärdenden Ansatzes von Konecni & Ebbesen (1982) darstellt.

2. *Prüfung von Annahmen unter rechtskritischer d. h. reformwilliger Zielsetzung.*

Im Unterschied zur rechtlichen Anwendung von vorliegenden Forschungsergebnissen *de lege ferenda* handelt es sich hier um eine Forschungstätigkeit, die noch weit vor der Anwendung steht, die jedoch nicht ohne Bezug zur Anwendung *de lege ferenda* erfolgt (Konecni & Ebbesen, 1979). Beispiele liefern die Beiträge zur Altersgrenzenfrage. Die Altersgrenzenfrage wurde hinsichtlich der zivilrechtlichen Siebenjahresgrenze von Hommers (1983a) mit stützendem Ergebnis bearbeitet. Hommers (1988d) beschrieb Ansätze und stützende Ergebnisse zur Frage der Einsicht in das Delikt unter Einschluß der strafrechtlichen Altersgrenze vom 14. Lebensjahr. Thomae (1973) fand keine empirische Begründbarkeit der Volljährigkeitsgrenze von 18 Jahren. Die Beiträge der Psychologie zur Prüfung von rechtlichen Annahmen hängen also vom Detail ab. Gerade darin liegt aber ihr Wert für die Jurisprudenz.

3. *Ausnutzung der Vorarbeiten des rechtlichen Denkens zum Zwecke der Weiterführung mit den Mitteln einer modernen empirischen Wissenschaft.*

Die Ausnutzung der Vorarbeiten des rechtlichen Denkens zum Zwecke der empirischen Theorienbildung umschreibt ein Forschungsprogramm, das der Verfasser seit längerem verfolgt (Hommers, 1981, 1985). Die beiden zuvor dargestellten Untersuchungen zu den beiden Zumessungsschemata im rechtlichen Denken waren wie die Auswahl der Schemata selbst nur exemplarisch gemeint. Andere Beispiele sind vom Verfasser vorgelegt worden: Multiple Restitutionsnormen (Hommers, 1983 b, 1986); Schadenswiedergutmachung als Stimulus und Response (Hommers, 1988a); Dritt-Entschädigung und Entschuldigung als Komponenten der Schadenswiedergutmachung (Hommers, 1988 b, c); Strafe und Schadensersatz als Urteils-Verbund (Hommers & Endres, 1988, in press); Non-Additivität mildernder und schärfender Strafzumessungsgründe (Hommers, 1988 e); Implizite Willenstheorien (Hommers, 1987).

Eine Rückwirkung dieses Forschungsansatzes auf das Rechtssystem ist nicht ausgeschlossen. Von den Urteilen von Laien auf die Urteile von Experten rückzuschließen wird natürlich nicht als Ziel angestrebt. Eine andere Rückwirkung von Forschungsarbeiten dieses zunächst der psy-

chologischen Theoriebildung verpflichteten Ansatzes auf das Rechtssystem stellten Hommers & Anderson (1989) dar. Demnach liegt sie in der Übertragung grundsätzlicher Züge des methodischen Vorgehens - nämlich der Verwendung strukturierter Versuchsanordnungen, wie sie auch zur Prüfung der empirischen Gültigkeit der Zumessungsschemata benutzt werden - auf die Ausbildung und Anleitung von Strafrichtern. Offensichtlich besteht hier keine Übertragungsproblematik von Befunden aufgrund der Unterschiedlichkeit der Probandenstichproben. Denn nicht Ergebnisse, sondern Methoden sollen dabei im Unterschied zur Anwendung der Psychologie *de lege lata* übertragen werden. Darin würde aber neben der Entdeckung des zweiseitigen Brückenschlages zwischen Recht und Psychologie (echte Wechselseitigkeit bei Hommers, 1981; 1985) durch die impliziten Theorien des rechtlichen Denkens ein weiteres neues Arbeitsfeld für die Rechtspsychologie liegen, die Anwendung psychologischer Methoden in der Rechtsverwirklichung.

Literatur

- Anderson, N.H. (1976). Equity judgments as information integration. *Journal of Personality and Social Psychology*, 33, 291-299.
- Anderson, N.H. (1981). *Foundations of Information Integration Theory*. New York: Academic Press.
- Anderson, N.H. (1982). *Methods of Information Integration Theory*. New York: Academic Press.
- Anderson, N.H. & Farkas, A.J. (1975). Integration theory applied to models of inequity. *Personality and Social Psychology Bulletin*, 1, 588-591.
- Anderson, N.H. & Shanteau, J. (1977). Weak inference with linear models. *Psychological Bulletin*, 84, 1155-1170.
- Austin, V.D., Ruble, D.N., & Trabasso, T. (1977). Recall and order effects as factors in children's moral judgments. *Child Development*, 48, 470-474.
- Birnbaum, M.H. (1973). The devil rides again: Correlation as an index of fit. *Psychological Bulletin*, 79, 239-242.
- Bruns, H.J. (1974). *Strafzumessungsrecht. Gesamtdarstellung*. 2. Auflage. Köln: Heymanns.
- Bruns, H.J. (1980). *Leitfaden des Strafzumessungsrechts. Eine systematische Darstellung für die strafrichterliche Praxis*. Köln: Heymanns.
- Deutsch, E. (1987). *Unerlaubte Handlungen und Schadensersatz. Ein Grundriß*. Köln: Heymanns.
- Ebbesen, E.B. & Konecni, V.J. (1975). Decision making and information integration in the courts: The setting of bail. *Journal of Personality and Social Psychology*, 32, 805-821.
- Farkas, A.J. & Anderson, N.H. (1979). Multidimensional input in equity theory. *Journal of Personality and Social Psychology*, 37, 879-896.
- Hommers, W. (1981). Recht und Psychologie: Ein wechselseitiges Verhältnis. In Michaelis, W. (Hrsg.), *Bericht über den 32. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Psychologie in Zürich 1980*. Göttingen: Hogrefe.

- Hommers, W. (1983a). *Die Entwicklungspsychologie der Delikts- und Geschäftsfähigkeit*. Göttingen: Hogrefe.
- Hommers, W. (1983b). Zur quantitativen Theorie von Wiedergutmachungskognitionen unter Gewinnung ihrer Merkmale aus der Jurisprudenz. In Lürer, G. (Hrsg.), *Bericht über den 33. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Psychologie in Mainz 1982*. Göttingen: Hogrefe.
- Hommers, W. (1985). Recht und Psychologie. Ein wechselseitiges Verhältnis - Zur Gegenstandsbestimmung der Rechtspsychologie. *Universitas*, 39, 1323-1332.
- Hommers, W. (1986). Ist "Voller Ersatz" immer "Adäquater Ersatz"? Zu einer Diskrepanz zwischen Regelungen des Gesetzbuches im EXODUS und der Adäquatheitstheorie der Equity-Theorie. *Psychologische Beiträge*, 28, 164-179.
- Hommers, W. (1987). Implizite Willenstheorien des rechtlichen Denkens aus psychologischer Perspektive. In Heckhausen H., Weinert F.E., Gollwitzer P.M. (Hrsg.), *Jenseits des Rubikon: Der Wille in den Humanwissenschaften*. Berlin: Springer.
- Hommers, W. (1988a). Recompense as stimulus and response: Toward an exchange of law and psychology. *The German Journal of Psychology*, 12, 139-151.
- Hommers, W. (1988b). Entschuldigung und Entschädigung für einen Diebstahl. *Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie*, 20, 121-133.
- Hommers, W. (1988c). Die Wirkungen von Entschuldigung und Entschädigung auf Strafurteile über zwei Schadensarten. *Zeitschrift für Sozialpsychologie*, 19, 139-151.
- Hommers, W. (1988d). Die Entwicklung der Einsicht in das Delikt. In Bäuerle S. (Hrsg.), *Kriminalität bei Schülern*. Göttingen: Hogrefe.
- Hommers, W. (1988e). Implicit psychological theories of legal thought on sentencing and liability. In Koppen, P.J. van, Hessing, D.J., & Heuvel, G. van den (Eds.), *Lawyers on Psychology and Psychologists on Law*. Amsterdam: Swets & Zeitlinger.
- Hommers, W. & Anderson, N.H. (1985). Recompense as a factor of assigned punishment. *British Journal of Developmental Psychology*, 3, 75-86.
- Hommers, W. & Anderson, N.H. (1989). Algebraic schemes in legal thought and in everyday morality. In Wegener, H., Lösel, H. & Haisch, H.J. (Eds.), *Psychology and the Criminal Justice System*. New York: Springer.
- Hommers, W. & Anderson, N.H. (in press). Moral algebra of harm and recompense. In Anderson, N.H. (Ed.), *Contributions to Information Integration Theory*.
- Hommers, W. & Endres, J. (1988). Strafe und Schadensersatz als multivariater Response-Komplex. In Schönplüg W. (Hrsg.), *Bericht über den 36. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Psychologie in Berlin 1988*. Göttingen: Hogrefe.
- Hommers, W. & Endres, J. (in press). Strafe und Schadensersatz als Urteils-Verbund. *Zeitschrift für Sozialpsychologie*.
- Honsell, Th. (1977). *Die Quotenteilung im Schadensersatzrecht. Historische und dogmatische Grundlagen der Lehre vom Mitverschulden*. Ebelsbach: Gremer.
- Jescheck, H.H., Ruß, W., & Willms, G. (1985). *Strafgesetzbuch. Leipziger Kommentar*. 10. Auflage. Berlin: de Gruyter.
- Köhnken, G. (1988). *Glaubwürdigkeit. Empirische und theoretische Untersuchungen zu einem psychologischen Konstrukt*. Unveröff. Habilitationsschrift, Christian Albrechts-Universität Kiel.
- Köhnken, G. & Wegener, H. (1985). Zum Stellenwert des Experiments in der Forensischen Aussagepsychologie. *Zeitschrift für Experimentelle und Angewandte Psychologie*, 32, 104-119.
- Konecni, V.J. & Ebbesen, E.B. (1979). External validity of research in legal psychology. *Law and Human Behavior*, 3, 39 -70.
- Konecni, V. J. & Ebbesen, E.B. (1982). *The criminal justice system: A social-psychological analysis*. San Francisco: Freeman, 1982.

- Landau, G. (1922). Die Voraussetzungen der psychologischen Rechtslehre L. v. Petrazickis. *Philosophie und Recht*, 11, 102-111.
- Lempert, R. & Sanders, J. (1986). *An invitation to law and social science*. New York: Longman.
- Lempp, R. (1963). Das Wohl des Kindes in §§ 1666 und 1671 BGB. *Neue Juristische Wochenschrift*, 36, 1659-1662.
- Lempp, R. (1984). Das neue Familienrecht aus kinder- und jugendpsychiatrischer Sicht. *Zentralblatt für Jugendrecht*, 71, 169-174.
- Lösel, F. (Hrsg.) (1983). *Kriminalpsychologie: Grundlagen und Anwendungsbereiche*. Weinheim: Beltz.
- Maurach, R., Gössel, K.H. & Zipf, H. (1984). *Strafrecht. Allgemeiner Teil. Teilband 2: Erscheinungsformen des Verbrechens und Rechtsfolgen der Tat. Ein Lehrbuch*. Heidelberg: Müller.
- Monahan, J. & Walker, L. (1988). Social science research in law: A new paradigm. *American Psychologist*, 43, 465-472.
- Montenbruck, A. (1983). *Strafrahmen und Strafzumessung*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Petrzhitskii, L.J. (1955). *Law and morality* (H.W. Babb, Trans.). Cambridge, MA: Harvard University Press (Original: 1904-1910).
- Rebmann, K. & Säcker, F.J. (Hrsg.) (1979). *Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch. In 7 Bänden. Band 2: Schuldrecht. Allgemeiner Teil*. München: Beck.
- Rudolphi, H.J., Horn, E., Samson, E. & Schreiber, H.L. (1985). *Systematischer Kommentar zum Strafgesetzbuch. Band 1. 3. Auflage*. Frankfurt: Metzner.
- Schlegelmilch, G. (Hrsg.) (1986). *Gettel. Der Haftpflichtprozeß*. München: Beck.
- Shanteau, J. (1977). Correlation as a deceiving measure of fit. *Bulletin of the Psychonomic Society*, 10, 134-136.
- Steller, M. (1987). *Psychophysiologische Aussagebeurteilung*. Göttingen: Hogrefe.
- Thomae, H. (1973). *Das Problem der "sozialen Reife" von 14- bis 20jährigen. Eine kritische Literaturanalyse*. Hannover: Wissenschaftliche Informationsschriften der Arbeitsgemeinschaft für Erziehungshilfe.
- Wegener, H. (1960). Der vorzeitige Abschluß der Entwicklung bei minderbegabten Straftätern. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 43, 147-162.
- Wegener, H. (1966). Experimentelle Untersuchungen über die Personenbeschreibung und -identifizierung durch 10- bis 12jährige Kinder. In Gerchow, J. (Hrsg.), *An den Grenzen von Medizin und Recht*. Stuttgart: Enke.
- Wegener, H. (1981). *Einführung in die Forensische Psychologie*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Wegener, H. (1983). Zum Aussagewert der Handlungsanalyse einer Tat - die psychologische Perspektive. In Gerchow, J. (Hrsg.), *Zur Handlungsanalyse einer Tat*. Berlin: Springer.
- Wegener, H. & Steller, M. (1986). Psychologische Diagnostik vor Gericht. Methodische und ethische Probleme forensisch-psychologischer Diagnostik. *Zeitschrift für Differentielle und Diagnostische Psychologie*, 7, 103-126.
- Zipf, H. (1969). *Die Strafmaßrevision*. München: Beck.
- Zipf, H. (1977). *Die Strafzumessung. Eine systematische Darstellung für Strafrechtspraxis und Ausbildung*. Heidelberg: Müller.